



Göttinger Examenskurs

Juristische Fakultät

Prof. Dr. Frank Schorkopf

Onlinemodul Europarecht

– Wegweiser –



Wegweiser durch das examensrelevante Europarecht

Die neue, eigenständige Einheit Europarecht des Göttinger Examenskurses will der gewachsenen Bedeutung des Europarechts Rechnung tragen. Europarechtliche Aspekte findet sich mittlerweile in vielen Klausuren im Öffentlichen Recht, mitunter sogar als reine Europarechtsklausuren.

Die Einheit vermittelt anhand von Fällen die examensrelevanten Klausurkonstellationen und in Form von Wissensmodulen das zugehörige materielle Wissen. Wie in der Übersicht „Klausurorientierte Gliederung“ (S. 4) dargestellt, ist das gesamte Onlinemodul entlang der Klausurperspektive konzipiert:

Vor welchem Gericht ist was für ein Gegenstand zu prüfen?

Aus den dargestellten möglichen Kombinationen von Verfahrensarten und Streitgegenständen lassen sich alle examensrelevanten Klausurkonstellationen ableiten. Jeder Fall behandelt eine dieser Konstellationen in Gutachtenform, jeweils ergänzt um ein Wissensmodul, in dem das entsprechende Gebiet des Europarechts zusammengefasst ist (S. 5). Die **Wissensmodule** folgen einem einheitlichen Aufbau:

Standortbestimmung: Wo im Europarecht bewege ich mich?

Inhalt: Was muss ich dazu wissen?

Klausurkonstellationen: Wie kann mir dieser Bereich in der Klausur begegnen?

Die einzelnen Fälle sind mit den zugehörigen Wissensmodulen zu Einheiten zusammengefasst, aus denen sich der virtuelle Stundenplan für eine Woche ergibt (S. 3). Das Onlinemodul Europarecht ist zum **Selbststudium** in der vorlesungsfreien Zeit konzipiert, idealerweise nach dem ersten Semester des Examenskurses. Die Übersichten auf den folgenden Seiten sollen **verschiedene Zugangsmöglichkeiten** aufzeigen. So eignet sich das Onlinemodul ...

... als virtueller Kurs für das gesamte Europarecht, ausgelegt auf eine Woche, wofür Fälle und Wissensmodule inhaltlich miteinander verknüpft sind,

... als Quelle für Fall-orientiertes Lernen mithilfe der Sachverhalte und Musterlösungen,

... zum gezielten Nacharbeiten einzelner Bereiche mithilfe der Wissensmodule.

Dafür stehen verschiedene **Materialien** bereit:

- *10 Fälle mit Musterlösungen, darunter eine virtuelle Probeklausur ohne neue Inhalte,*
- *10 zugehörige Wissensmodule, die das im Fall vorausgesetzte Wissen aufbereiten,*
- *3 einführende Wissensmodule mit den europarechtlichen Basics*
- *14 Videos, in denen die Fälle und zugehörigen Wissensmodule sowie die einführenden Wissensmodule besprochen werden.*

Das Onlinemodul befindet sich bei seiner Erstveröffentlichung auf dem Stand von November 2020 und wird bei Bedarf flexibel aktualisiert und ergänzt.

→ **zugänglich unter: StudIP • www.schorkopf.eu**

Exemplarischer Stundenplan

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
1	Wissensmodul W1 Institutioneller Rahmen und Organe der EU	Fall 2 Vorabentscheidung (Art. 267 AEUV) auf Vorlage eines nationalen Gerichts	Fall 4 VB gegen unionsrechtlich (nicht) vollständig determinierte Gesetze zur Richtlinienumsetzung	Fall 6 Verpflichtungsklage (§ 42 VwGO) gestützt auf unmittelbare Ansprüche aus einer Richtlinie	Fall 8 Wissensmodul W11 Unionsrechtliche Grenzen des Entzugs der Staatsangehörigkeit eines Unionsbürgers
2	Wissensmodul W2a • W2b Supranationalität und Mehrebenensystem Rechtsquellen und Handlungsformen des Unionsrechts	Wissensmodul 5 Dogmatik der Grundfreiheiten, insbes. Art. 30 AEUV	Wissensmodul W7 Dogmatik der Unionsgrundrechte, Art. 51 GRCh	Wissensmodul W9 Unmittelbare Geltung von Richtlinien, Amtshaftung wegen fehlerhafter Richtlinienumsetzung	Fall 9 VB gestützt auf die Verletzung von Rechten aus der EMRK
3	Wissensmodul W3 Verfahren vor dem EuGH	Fall 3 VB (Art. 93 I Nr. 4a, 38 I, 20 I GG) gegen Zustimmungsgesetz zu einer Primärrechtsänderung	Fall 5 Verfassungsbeschwerde gegen einen Sekundärrechtsakt und den mitgliedstaatlichen Vollzug	Fall 7 Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 AEUV) wegen unterlassener Vorlage an den EuGH	Wissensmodul W 12 Berücksichtigungspflicht von EMRK und EGMR, Kontextualisierungsgebot
4	Fall 1 Wissensmodul W4 Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV) gegen Beschluss der Kommission i.R.d. Beihilfeaufsicht	Wissensmodul W6 Integrationsfreundlichkeit, Integrationsverantwortung der Verfassungsorgane	Wissensmodul W8 Gerichtsbarkeit des BVerfG, Verfassungsrechtliche Grenzen der Integration	Wissensmodul W10 Vorlagepflicht nationaler Gerichte und hierauf gerichteter Rechtsschutz	Wissensmodul W13 Europäisches Grundrechtsdreieck (EMRK, GRCh, GG)
Samstag					
			Fall 10	Probeklausur	

Klausurorientierte Gliederung

Grundlagen

W1 Institutioneller Rahmen und Organe • **W2a** Supranationalität und Mehrebenensystem • **W2b** Rechtsquellen und Handlungsformen • **W3** Verfahren vor dem EuGH

Verfahrenskonstellationen und Gegenstände

	Unionsrechtsakt	nationaler Rechtsakt: Integrationshandeln	nationaler Rechtsakt: abstrakt-generell	nationaler Rechtsakt: konkret-individuell
EuGH	Fall 1 Nichtigkeitsklage gegen Beschluss • Fall 2 Vorabentscheidung W4 Beihilfeaufsicht • W5 Grundfreiheiten • W7 Unionsgrundrechte • W10 Vorlagepflicht	Fall 7 Vertragsverletzungsverfahren wegen Vorlagepflichtverletzung W7 Unionsgrundrechte	Fall 10 Vertragsverletzungsverfahren wegen Richtlinienumsetzung W5 Grundfreiheiten • W7 Unionsgrundrechte	Fall 8 Verletzung der Unionsbürgerschaft W11 Unionsbürgerschaft
BVerfG	Fall 5 Verfassungsbeschwerde gegen Sekundärrechtsvollzug W8 Integrationsschranken	Fall 3 Verfassungsbeschwerde gegen Primärrechtsänderung W6 Integrationsverantwortung • W8 Integrationsschranken	Fall 4 Verfassungsbeschwerde gegen Richtlinienumsetzung W7 Unionsgrundrechte • W10 Vorlagepflicht • W13 Grundrechtedreieck	Fall 9 Verfassungsbeschwerde wegen EMRK-Verletzung W7 Unionsgrundrechte • W10 Vorlagepflicht • W12 Geltung der EMRK
Fachgericht	W10 Vorlagepflicht		W10 Vorlagepflicht	Fall 6 Verpflichtungsklage gestützt auf unmittelbar anwendbare Richtlinie W4 Beihilfeaufsicht • W9 Unmittelbare Richtlinienanwendung • W10 Vorlagepflicht • W12 Geltung der EMRK

Übersicht der Fälle und Wissensmodule

Fallkonstellationen	
1	Klage der Bundesrepublik gegen einen Beschluss der Kommission Prüfung eines Unionsrechtsakts durch den EuGH am Maßstab des Unionsrechts im Verfahren der Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)
2	Vorlage eines nationalen Gerichts an den EuGH Auslegung des Unionsrechts durch den EuGH auf Ersuchen eines nationalen Gerichts im Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)
3	Verfassungsbeschwerde anlässlich einer Primärrechtsänderung Prüfung des Handelns von Verfassungsorganen durch das BVerfG am Maßstab der Integrationsverantwortung (Art. 93 I Nr. 4a, 38 I, 20 I GG)
4	Verfassungsbeschwerde gegen Gesetze zur Umsetzung einer (nicht) vollständig determinierenden Richtlinie Grundrechte und Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab der Verfassungsbeschwerde nach den Konstellationen Recht auf Vergessen I, II
5	Verfassungsbeschwerde gegen Sekundärrechtsakt und dessen Vollzug Prüfung von Sekundärrecht durch das BVerfG am Maßstab des Art. 23 I i.V.m. Art. 79 III GG i.R.d. Ultra vires- und Identitätskontrolle
6	Geltendmachung unmittelbarer Ansprüche aus einer Richtlinie Unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts und unmittelbarer Anwendung des Unionsrechts durch die Fachgerichte
7	Vertragsverletzungsverfahren wegen unterlassener Vorlage an den EuGH Prüfung judikativen Unrechts in einem Mitgliedsstaat durch den EuGH im Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 AEUV)
8	Unionsrechtliche Grenzen des Entzugs der Staatsangehörigkeit Prüfung einer Verletzung der Unionsbürgerschaft durch den Entzug der Staatsangehörigkeit nach mitgliedstaatlichem Recht
9	Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Rechten aus der EMRK Prüfung eines nationalen Rechtsakts durch das BVerfG unter Berücksichtigung der Grundrechte der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR

Wissensmodule	
W1	Institutioneller Rahmen und Organe der EU
W2a	Supranationalität und Mehrebenenystem
W2b	Rechtsquellen und Handlungsformen des Unionsrechts
W3	Überblick über die Verfahren vor dem EuGH
W4	Beihilfeaufsicht, Art. 107 ff. AEUV
W5	Dogmatik der Grundfreiheiten
W6	Integrationsfreundlichkeit des Grundgesetzes, Integrationsverantwortung der Verfassungsorgane
W7	Anwendungsbereich und Dogmatik der Unionsgrundrechte (GRCh)
W8	Verfassungsrechtliche Grenzen der Integration, Kontrollvorbehalte des BVerfG (Ultra vires- und Identitätskontrolle)
W9	Unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinien, Amtshaftung wegen fehlerhafter Richtlinienumsetzung (<i>Frankovich</i> -Entscheidung)
W10	Pflicht nationaler Gerichte zur Vorlage an den EuGH und hierauf gerichteter Rechtsschutz (<i>CILFIT</i> -Entscheidung)
W11	Gewährleistungen der Unionsbürgerschaft
W12	Geltung und Rang der EMRK, Berücksichtigungspflicht, Kontextualisierungsgebot (<i>Görgülü</i> - und <i>Beamtenstreikverbot</i> -Entscheidung)
W13	Europäisches Grundrechtedreieck (EMRK, GRCh, GG)